

Antrag

der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rheinland-Pfalz leistet seinen Beitrag zum Europäischen Jahr für Entwicklung 2015 – Durch nachhaltiges Handeln auf dem Weg zu sozialer und globaler Gerechtigkeit

Der Landtag stellt fest:

Das Jahr 2015 ist für die internationale Entwicklungspolitik von besonderer Bedeutung. Bis dahin sollen die im Jahr 2000 von der UN-Vollversammlung vereinbarten Millenniumsziele umgesetzt und neue Ziele vereinbart werden. Im laufenden Diskussionsprozess zeichnet sich ab, dass künftig die globalen Nachhaltigkeitsziele neben den bisherigen Schwerpunkten auch Aspekte von sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit einbeziehen werden. Mit dieser Weiterentwicklung ist ein Paradigmenwechsel hin zu einer tiefgreifenden Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft im Norden wie im Süden verbunden, um in gemeinsamer Verantwortung die Welt zukunftsfähig und gerecht zu gestalten.

Dies beendet die Vorstellungen von einer einseitigen Entwicklungspolitik des Gebens und Nehmens. Entwicklungspolitik soll künftig als eine gleichberechtigte internationale Politik verstanden werden, jedoch ohne die besondere Verantwortung für die ökonomisch schwächeren Länder und Regionen in Frage zu stellen.

Die Leitfrage wird sein: Wie kann ein gutes Leben für alle – auch für nachfolgende Generationen – gewährleistet werden?

Vor diesem Hintergrund haben das Europäische Parlament und der Rat das Jahr 2015 zum „Europäischen Jahr für Entwicklung“ erklärt. Ziel ist es, die Entwicklungszusammenarbeit unter dem Motto „Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft“ stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu rücken. Eine breit angelegte Kommunikationsstrategie soll möglichst viele Bürgerinnen und Bürger über die gegenwärtige Debatte zur Entwicklungspolitik informieren sowie ihr Interesse an einer aktiven Politikgestaltung erhöhen.

Der Bundesrat unterstützte die Initiative der EU-Kommission, stellte aber auch fest, dass die Ziele des Europäischen Jahres über die Entwicklungspolitik hinaus auf die Gesamtheit der europäischen Politiken ausgeweitet werden müsse. Dazu gehöre auch eine selbstkritische Reflexion der europäischen Arbeit. Dies gilt vor allem für die Kohärenz der Politikfelder Entwicklungszusammenarbeit, Handel/Außenhandel und Landwirtschaft.

Eine global gerechte Ausgestaltung der Handelsstrukturen ist Grundvoraussetzung für die nachhaltige Entwicklung in den Ländern des Südens und des Nordens.

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder haben in einem Beschluss vom 12. Juni 2014 den Beitrag der deutschen Länder zur Post-2015 Agenda für eine nachhaltige globale Entwicklung definiert. Der Prozess zur Erarbeitung einer neuen Agenda für die nachhaltige Entwicklung für die Zeit nach 2015 wird dabei ausdrücklich begrüßt. Gleichzeitig bekräftigen sie ihre Bereitschaft, geeignete Maßnahmen zur Erreichung der gemeinsamen globalen Nachhaltigkeitsziele zu ergreifen.

Das Europäische Jahr für Entwicklung bietet eine große Chance, für das Thema „Entwicklungspolitik“ in Verbindung mit den Herausforderungen einer „nachhaltigen Ent-

b. w.

wicklung“ zu werben und die Bedeutung dieser Themen im gesellschaftlichen Bewusstsein zu verankern. Wichtig ist, den Bürgerinnen und Bürgern globale Zusammenhänge zu erläutern und Möglichkeiten des eigenverantwortlichen Handelns z. B. in den Bereichen Konsum, Energieverbrauch, Mobilität oder Ernährung aufzuzeigen.

Der Landtag prüft:

- eine Regelung für das öffentliche Beschaffungswesen, die die Einhaltung sämtlicher ILO-Kernarbeitsnormen verbindlich beinhaltet. Dabei soll eine verbesserte Möglichkeit geschaffen werden, den Nachweis über Siegel und Zertifikate zu ermöglichen;
- eine baldmögliche gesetzliche Regelung, durch die die rheinland-pfälzischen Kommunen rechtssicher in die Lage versetzt werden können, Grabsteine aus Kinderarbeit von kommunalen Friedhöfen zu verbannen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- das Europäische Jahr für Entwicklung zu nutzen, um die rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürger intensiv über die gegenwärtige Debatte zur Entwicklungspolitik zu informieren, ihr Interesse an der aktiven Politikgestaltung bzw. einem eigenen entwicklungspolitischen Engagement zu erhöhen und das Thema soziale und globale Gerechtigkeit noch mehr in den Vordergrund zu stellen. Ziel muss es sein, die Bedeutung des fairen Handels und die konkreten Möglichkeiten durch entsprechendes Verbraucher- und Kaufverhalten verstärkt in das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft, aber auch kommunaler Entscheidungsträger zu bringen. Gerade die Kommunen können durch weitere Angebote der Fort- und Weiterbildung für dieses wichtige Thema sensibilisiert werden, um den Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft einer nicht nachhaltigen Entwicklung entgegenzuwirken;
- beim Abschluss von EU-Handelsabkommen bzw. vor deren Unterzeichnung sicherzustellen, dass Nachhaltigkeitsauflagen, zu denen auch arbeitsrechtliche Mindestnormen wie die Umsetzung der Konvention Nr. 182 der Internationalen Arbeitsorganisation über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit gehören, verbindlich und sanktionierbar festgeschrieben werden;
- das entwicklungspolitische Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz ELAN e. V. sowie Weltläden und Fair-Handels-Aktionsgruppen weiterhin zu stärken und zu unterstützen;
- insbesondere die Aktivitäten der langjährigen kompetenten zivilgesellschaftlichen Akteure, die entscheidend auch in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit im Land tätig sind, adäquat zu unterstützen;
- von der Zivilgesellschaft erarbeitete Programme für entwicklungspolitische Bildungsarbeit zu koordinieren und mit durchzuführen.

Der Landtag begrüßt

- die von der Landesregierung im engen Dialog mit den entwicklungspolitisch aktiven Nichtregierungsorganisationen eingeleitete Fortschreibung der entwicklungspolitischen Leitlinien;
- die Fortführung des Schulungsprojektes für kommunale Beschafferinnen und Beschaffer „Rheinland-Pfalz kauft nachhaltig ein!“;
- die von der Landesregierung im Rahmen des Europäischen Jahres der Entwicklung geplanten Aktivitäten und Veranstaltungen.

Für die Fraktion
der SPD:
Carsten Pörksen

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nils Wiechmann